GRÜN-alternativ Meerbusch

FRAKTION IM RAT DER STADT MEERBUSCH

GRÜN-alternativ Meerbusch

Stadtverwaltung Meerbusch

Herr Bürgermeister
Christian Bommers

Technischer Beigeordneter
Herr Andreas Apsel

Bereichsleiter des Rechtsamts
Herr Dr. Marc Saturra

Meerbusch, 6. Juli 2023

Anfrage zur Sitzung des Planungsausschusses am 24. August 2023
Planung Haus Meer - Fehlende Öffentlichkeit

Sehr geehrter Herr Bommers, sehr geehrter Herr Apsel, sehr geehrter Herr Dr. Saturra,

nun haben wir in einer Sitzung am 14. Juni 2023 zum dritten Mal in diesem Jahr über Haus Meer beraten, und zwar **zum dritten Mal nicht öffentlich**.

Am 14.6. waren neben der Verwaltung, dem Denkmalschutzbeauftragten und erneut dem Investor, der Kulturausschuss und der Planungsausschuss eingeladen, um im Rahmen eines Workshops die Rahmenbedingungen **dieser einen Planung**, einer bis zu 13-geschossigen Senioreneinrichtung, im nördlichen Teil des Gartendenkmals Haus Meer zu bearbeiten.

Es stand nicht die Frage im Raum, welche grundsätzlichen Anforderungen überhaupt an eine Planung für diesen hochsensiblen historischen Bereich zu stellen wären, sondern was für die Umsetzung **dieser** Investorenplanung zu berücksichtigen wäre.

Alles, was in der Vergangenheit kritisch und zu beachten war und bisherige Planungen ausgeschlossen hatte, spielt aktuell keine Rolle mehr, jetzt gilt: „wir müssen mal endlich weiter kommen“. Alle Hindernisse, beispielsweise die massive Bebauung des Gartendenkmals, Bodendenkmale, umfassende Schutzanforderungen des unmittelbar angrenzenden

hochwertigen FFH-Gebiets (höchster ökologischer Schutzstatus) scheinen überwindbar oder stellen kein Problem mehr dar.
Erstaunlich.

Es wurde mehrfach auf die positive Bewertung des Wohnbau- und Heimatministeriums, Frau Ministerin Dr. Scharrenbach, auf positive Signale des Landschaftsverbandes Rheinland und der Naturschutzbehörde des Kreises Neuss hingewiesen, was uns sehr wundert.

Den Fraktionen wurden bis zum Workshop am 14.6. keine Planungsunterlagen und keine Niederschrift zur Verfügung gestellt. Das erste Gespräch hat im Februar stattgefunden, eine gemeinsame nichtöffentliche Sitzung des Kultur- und Planungsausschusses war am 30.3.2023

Auch die Öffentlichkeit hat einen grundsätzlichen Anspruch, selbst über nichtöffentliche Beratungen informiert zu werden, soweit keine besonderen Schutzbedürfnisse (persönliche Daten, Vertragsinhalte, …) zu berücksichtigen sind. Dieses Schutzbedürfnis, was zum Ausschluss der Öffentlichkeit führt, können wir nicht erkennen.

Aus unserer Sicht geht es vorzugsweise darum, der Öffentlichkeit eine mit Sicherheit hoch umstrittene Planung bis zur Entscheidungsreife (Aufstellungsbeschluss) vorzuenthalten.

Diese Vorgehensweise hält unsere Fraktion für nicht zulässig. Wir haben mehrfach auf das Erfordernis einer öffentlichen Beratung hingewiesen. Eine rechtliche Prüfung (zur Öffentlichkeit von Sitzungen) könnte nach dem Gutachten von Herrn Hahn evtl. dazu führen, dass Beschlüsse wegen Ausschluss der Öffentlichkeit, nicht rechtskräftig würden.

Wir stellen deshalb die Fragen:

- Welche Sachgründe führen dazu, dass die bisherigen Beratungen nicht öffentlich waren?
- Auf welcher Rechtsgrundlage wird die Öffentlichkeit bisher ausgeschlossen?
- Sind in der inzwischen vorliegenden Niederschrift vom 30.3.2023 (Zugang 20.6.2023) Vertragsgrundlagen oder personenbezogene Daten enthalten, die nicht veröffentlicht werden dürfen?

Da der nächste Planungsausschuss erst am 24. August 2023 (Sondersitzung - neu) stattfindet, wir aber zeitnah Klärungsbedarf haben, bitten wir um eine entsprechende schriftliche Beantwortung.

Vielen Dank

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Peters